

Pressemitteilung: Wiener NGO veröffentlicht neuen Bericht: Mehr als 2.400 antichristliche Hassverbrechen in Europa im Jahr 2023

(Wien, 15. November 2024) OSZE/ODIHR und OIDAC Europe veröffentlichen Zahlen zu wachsender religiöser Intoleranz in Europa

Die heute von der in Wien ansässigen Dokumentationsstelle OIDAC Europe veröffentlichten Zahlen zu antichristlichen Hassverbrechen in Europa zeichnen ein besorgniserregendes Bild: Im Jahr 2023 haben Polizei und Zivilgesellschaft in 35 europäischen Ländern insgesamt **2.444 antichristliche Hassverbrechen** dokumentiert, darunter **232 persönliche Angriffe** auf Christen wie Belästigungen, Drohungen und körperliche Gewalt. Auch die Zahlen aus Deutschland und Österreich lassen aufhorchen.

Laut dem Hate Crime Data Report des **OSZE-Menschenrechtsbüros (ODIHR)**, der ebenfalls heute mit Blick auf den morgigen Internationalen Tag der Toleranz veröffentlicht wurde, meldeten 10 europäische Staaten für das Jahr 2023 **1.230 antichristliche Hassverbrechen**. 2022 hatte eine vergleichbare Zahl von Staaten 1.029 Fälle registriert. Während nur **10 europäische Regierungen** Daten zu antichristlichen Hassverbrechen im Jahr 2023 vorlegten, meldete die Zivilgesellschaft der OSZE Vorfälle aus **26 europäischen Ländern**.

Tragischerweise und wenig überraschend war die Zahl der Gewalttaten gegen jüdische und muslimische Gläubige im vergangenen Jahr besonders hoch. Rund **9.000 antisemitische** und **6.000 antimuslimische Hassverbrechen** wurden für das Jahr 2023 von europäischen Regierungen an das ODIHR/OSZE gemeldet. Dies sei jedoch nur ein Teil des Gesamtbildes, meint Anja Hoffmann, Direktorin von OIDAC Europe. „Da Frankreich und einige andere Länder mit hohen Zahlen keine Statistiken an die OSZE übermitteln, sind die **tatsächlichen Zahlen wesentlich höher** als die OSZE-Daten vermuten lassen. Bei antichristlichen Hassverbrechen haben wir für das Jahr 2023 **2.444 Fälle registriert**, gehen aber von einer hohen Dunkelziffer aus“, so Hoffmann.

Besorgt zeigte sich auch die Wiener Theologin **Prof. Regina Polak**, OSZE-Sonderbeauftragte im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, mit Fokus auf Christen und Angehörige anderer Religionen: „Christen werden in der gesamten OSZE-Region zur Zielscheibe von Hassverbrechen. Die Art dieser Straftaten reicht von Graffiti über Vandalismus bis hin zu körperlichen Angriffen auf Christen, die religiöses Material verteilen. Antichristliche Hassverbrechen senden eine **Botschaft der Ausgrenzung an die Opfer** und ihre Gemeinschaften sowie an die Gesellschaft als Ganzes. Wir können auch in Europa eine **Zunahme von Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Christen** beobachten. Diese Phänomene müssen auch im weiteren Kontext von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber anderen Gruppen und insbesondere gegenüber Mitgliedern religiöser Gemeinschaften, sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten, gesehen werden.“

Frankreich, Großbritannien, Deutschland und Österreich

Besonders auffällig ist die Situation laut OIDAC Europe insbesondere in **Frankreich**, mit fast 1.000 antichristlichen Hassverbrechen im Jahr 2023, in Großbritannien mit mehr als 700 Fällen und in **Deutschland**, wo antichristliche Hassverbrechen um **mehr als 100 Prozent** von 135 im Jahr 2022 auf 277 im Jahr 2023 **angestiegen** sind.

Allerdings werden in **Deutschland nur politisch motivierte Hassverbrechen** erfasst, was bedeutet, dass viele antichristliche Vorfälle nicht in die offizielle Statistik einfließen, so Hoffmann. „In Sachsen wurde beispielsweise in einer Kirche eine Bibel verbrannt, eine andere Kirche mit rohen Eiern beworfen und mehrere christliche Gotteshäuser mit satanistischen Graffiti beschmiert – keiner dieser Fälle scheint in der bundesweiten Statistik auf“, so Hoffmann. „Straftaten, wie Sachbeschädigungen oder Brandstiftungen in bzw. an Kirchen, die ohne politische Motivation begangen werden, werden im KPMD-PMK nicht abgebildet“, bestätigt eine Sprecherin des deutschen Bundeskriminalamtes.

Auf Anfrage erhielt OIDAC Europe von den Landeskriminalämtern Zahlen zu Sachbeschädigungen an religiösen Einrichtungen in Deutschland. „Aus den an uns übermittelten Zahlen können wir daraus schließen, dass im Jahr 2023 mehr als **2,000 Sachbeschädigungen in und an deutschen Kirchen registriert wurden**“, so Hoffmann. „Natürlich handelt es sich nicht bei allen Fällen um antichristliche Hasskriminalität, aber sie sind ein interessanter Vergleichspunkt zur bundesweiten deutschen Statistik.“

Dies wird auch im Vergleich zu **Österreich** deutlich, wo für das Jahr 2023 **150 antichristliche Hassverbrechen** registriert wurden. Laut dem österreichischen Lagebericht “Hate Crime” betraf etwa die Hälfte dieser Fälle Sachbeschädigungen an Kirchen. Allerdings verzeichnete Österreich auch 13 Fälle von Körperverletzungen und 7 gefährliche Drohungen gegen Christen.

Diskriminierung und Verletzung der Religionsfreiheit

Neben den gewalttätigen Übergriffen stellt der Bericht von OIDAC Europe in einigen europäischen Ländern auch **Diskriminierung von Christen am Arbeitsplatz** und im öffentlichen Leben fest. Die Diskriminierungen reichten vom Verlust von Arbeitsstellen und Suspendierungen bis hin zu gerichtlichen Verfahren gegen Christen, die ihre religiösen Überzeugungen in der Öffentlichkeit zum Ausdruck brachten. „Es ist besorgniserregend, dass die friedliche Äußerung persönlicher religiöser Überzeugungen, etwa zu Themen wie Ehe und Familie, das Ende einer politischen Karriere, den Verlust des Arbeitsplatzes oder sogar der eine Anklage vor Gericht bedeuten kann“, so Hoffmann.

OIDAC Europe sieht in diesen Trends einen der Gründe für die **zunehmende Selbstzensur unter Christen** in Europa. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2024 in Großbritannien gaben nur **36 % der Christen unter 35 Jahren** an, dass sie sich frei fühlten, ihre christlichen Ansichten zu gesellschaftlichen Fragen am Arbeitsplatz zu äußern.

Doch auch von Seiten einiger europäischer Regierungen gebe es **Einschränkungen der Religionsfreiheit**, die vom Verbot religiöser Prozessionen bis zur strafrechtlichen Verfolgung von Christen wegen der friedlichen Äußerung ihrer religiösen Überzeugungen reichten. Alarmierend war in diesem Zusammenhang der Fall eines Mannes, der von einem britischen Gericht für schuldig befunden wurde, nachdem er auf einer öffentlichen Straße in einer sogenannten „Bannmeile“ in der Nähe einer Abtreibungsklinik **still in Gedanken gebetet** hatte. Sein geneigter Kopf und seine gefalteten Hände hätten gegen das Gesetz verstoßen, befand das Gericht. Dieser und ähnliche Fälle haben international Besorgnis ausgelöst, auch bei der US-Kommission für Internationale Religionsfreiheit.

Handlungsbedarf

„Diese Trends zeigen, dass wir unsere Bemühungen zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit verstärken müssen“, sagte Hoffmann. Dazu gehöre auch die Freiheit, unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Positionen zu sensiblen Themen offen und respektvoll zu diskutieren, ohne Angst vor Repressalien und Zensur. Angesichts der hohen Zahl antichristlicher Hassverbrechen in Europa betonte Hoffmann auch die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit, unter anderem durch die Schaffung des Amtes eines EU-Koordinators für die Bekämpfung antichristlicher Hassverbrechen, parallel zu den bestehenden Mandaten für die Bekämpfung von Antisemitismus und antimuslimischen Hassverbrechen.

Professor Polak betonte, dass die Zunahme von Diskriminierung und Hassverbrechen gegen Christen in Europa „von den Regierungen und der Zivilgesellschaft ernster genommen werden muss und eine gründliche Untersuchung erfordert, um ihre spezifische Natur und ihre Ursachen zu verstehen“. Sie verwies auf die vom ODIHR/OSZE bereitgestellten [Leitlinien](#) zur Bekämpfung von Hassverbrechen gegen Christen und ermutigte die Opfer, Vorfälle dem ODIHR zu melden.